

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

14. NOV. 2005

PCT

FRIST

25.11.05

[Handwritten signature]

MITTEILUNG ÜBER DIE ÜBERSENDUNG
DES INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
BERICHTS ZUR PATENTIERBARKEIT

(Regel 71.1 PCT)

An:

KOPECKY, Helmut
Wipplingerstrasse 32/22
A-1010 Wien
AUTRICHE

Absendedatum (Tag/Monat/Jahr)	11.11.2005
----------------------------------	------------

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts B 7709/le		WICHTIGE MITTEILUNG	
Internationales Aktenzeichen PCT/AT2004/000449	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 21.12.2004	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 22.12.2003	
Anmelder BURTSCHER, Stefan L. et al.			

1. Dem Anmelder wird mitgeteilt, daß ihm die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde hiermit den zu der internationalen Anmeldung erstellten internationalen vorläufigen Bericht zur Patentierbarkeit, gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen, übermittelt.
2. Eine Kopie des Berichts wird - gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen - dem Internationalen Büro zur Weiterleitung an alle ausgewählten Ämter übermittelt.
3. Auf Wunsch eines ausgewählten Amtes wird das Internationale Büro eine Übersetzung des Berichts (jedoch nicht der Anlagen) ins Englische anfertigen und diesem Amt übermitteln.


4. ERINNERUNG

Zum Eintritt in die nationale Phase hat der Anmelder vor jedem ausgewählten Amt innerhalb von 30 Monaten ab dem Prioritätsdatum (oder in manchen Ämtern noch später) bestimmte Handlungen (Einreichung von Übersetzungen und Entrichtung nationaler Gebühren) vorzunehmen (Artikel 39 (1)) (siehe auch die durch das Internationale Büro im Formblatt PCT/IB/301 übermittelte Information).

Ist einem ausgewählten Amt eine Übersetzung der internationalen Anmeldung zu übermitteln, so muß diese Übersetzung auch Übersetzungen aller Anlagen zum internationalen vorläufigen Bericht zur Patentierbarkeit enthalten. Es ist Aufgabe des Anmelders, solche Übersetzungen anzufertigen und den betroffenen ausgewählten Ämtern direkt zuzuleiten.

Weitere Einzelheiten zu den maßgebenden Fristen und Erfordernissen der ausgewählten Ämter sind Band II des PCT-Leitfadens für Anmelder zu entnehmen.

Der Anmelder wird auf Artikel 33(5) hingewiesen, in welchem erklärt wird, daß die Kriterien für Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit, die im Artikel 33(2) bis (4) beschrieben werden, nur für die internationale vorläufige Prüfung Bedeutung haben, und daß "jeder Vertragsstaat (...) für die Entscheidung über die Patentfähigkeit der beanspruchten Erfindung in diesem Staat zusätzliche oder abweichende Merkmale aufstellen" kann (siehe auch Artikel 27(5)). Solche zusätzlichen Merkmale können z.B. Ausnahmen von der Patentierbarkeit, Erfordernisse für die Offenbarung der Erfindung sowie Klarheit und Stützung der Ansprüche betreffen.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Flanter, G Tel. +49 89 2399-7024
---	--



VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS


14. Nov. 2005

PCT

FRIST

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER BERICHT ÜBER DIE PATENTIERBARKEIT

(Kapitel II des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts B 7709/le	WEITERES VORGEHEN siehe Formblatt PCT/PEA/416	
Internationales Aktenzeichen PCT/AT2004/000449	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 21.12.2004	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 22.12.2003
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK E04C5/12		
Anmelder BURTSCHER, Stefan L. et al.		
<p>1. Bei diesem Bericht handelt es sich um den internationalen vorläufigen Prüfungsbericht, der von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde nach Artikel 35 erstellt wurde und dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt wird.</p> <p>2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 5 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.</p> <p>3. Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; diese umfassen</p> <p style="margin-left: 20px;">a. <input checked="" type="checkbox"/> (an den Anmelder und das Internationale Büro gesandt) insgesamt 4 Blätter; dabei handelt es sich um</p> <p style="margin-left: 40px;"><input checked="" type="checkbox"/> Blätter mit der Beschreibung, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit Berichtigungen, denen die Behörde zugestimmt hat (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsvorschriften).</p> <p style="margin-left: 40px;"><input type="checkbox"/> Blätter, die frühere Blätter ersetzen, die aber aus den in Feld Nr. 1, Punkt 4 und im Zusatzfeld angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde eine Änderung enthalten, die über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht.</p> <p style="margin-left: 20px;">b. <input type="checkbox"/> (nur an das Internationale Büro gesandt) insgesamt (bitte Art und Anzahl der/des elektronischen Datenträger(s) angeben), der/die ein Sequenzprotokoll und/oder die dazugehörigen Tabellen enthält/enhalten, nur in computerlesbarer Form, wie im Zusatzfeld betreffend das Sequenzprotokoll angegeben (siehe Abschnitt 802 der Verwaltungsvorschriften).</p>		
<p>4. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Feld Nr. I Grundlage des Bescheids</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. II Priorität</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung</p>		
Datum der Einreichung des Antrags 12.08.2005	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 11.11.2005	
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Vratsanou, V Tel. +49 89 2399-7142	



INTERNATIONALER VORLÄUFIGER BERICHT ÜBER DIE PATENTIERBARKEIT

Internationales Aktenzeichen
PCT/AT2004/000449

Feld Nr. I Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Sprache** beruht der Bericht auf der internationalen Anmeldung in der Sprache, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
 - ☐ Der Bericht beruht auf einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für folgenden Zweck eingereicht worden ist:
 - ☐ internationale Recherche (nach Regeln 12.3 und 23.1 b))
 - ☐ Veröffentlichung der internationalen Anmeldung (nach Regel 12.4)
 - ☐ internationale vorläufige Prüfung (nach Regeln 55.2 und/oder 55.3)
2. Hinsichtlich der **Bestandteile*** der internationalen Anmeldung beruht der Bericht auf (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt*):

Beschreibung, Seiten

3-10 in der ursprünglich eingereichten Fassung
1, 2, 2a eingegangen am 12.08.2005 mit Schreiben vom 04.08.2005

Ansprüche, Nr.

6(Teil), 7-9 in der ursprünglich eingereichten Fassung
1-5, 6(Teil) eingegangen am 12.08.2005 mit Schreiben vom 04.08.2005

Zeichnungen, Blätter

1/3-3/3 in der ursprünglich eingereichten Fassung

☐ einem Sequenzprotokoll und/oder etwaigen dazugehörigen Tabellen - siehe Zusatzfeld betreffend das Sequenzprotokoll

3. ☐ Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:
 - ☐ Beschreibung: Seite
 - ☐ Ansprüche: Nr.
 - ☐ Zeichnungen: Blatt/Abb.
 - ☐ Sequenzprotokoll (*genaue Angaben*):
 - ☐ etwaige zum Sequenzprotokoll gehörende Tabellen (*genaue Angaben*):
4. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der diesem Bericht beigelegten und nachstehend aufgelisteten Änderungen erstellt worden, da diese aus den im Zusatzfeld angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2 c)).
 - ☐ Beschreibung: Seite
 - ☐ Ansprüche: Nr.
 - ☐ Zeichnungen: Blatt/Abb.
 - ☐ Sequenzprotokoll (*genaue Angaben*):
 - ☐ etwaige zum Sequenzprotokoll gehörende Tabellen (*genaue Angaben*):

* Wenn Punkt 4 zutrifft, können einige oder alle dieser Blätter mit der Bemerkung "ersetzt" versehen werden.

**INTERNATIONALER VORLÄUFIGER BERICHT
ÜBER DIE PATENTIERBARKEIT**

Internationales Aktenzeichen
PCT/AT2004/000449

Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Artikel 35 (2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung
Neuheit (N) Ja: Ansprüche 1-9
Nein: Ansprüche
Erfinderische Tätigkeit (IS) Ja: Ansprüche 1-9
Nein: Ansprüche
Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) Ja: Ansprüche 1-9
Nein: Ansprüche
2. Unterlagen und Erklärungen (Regel 70.7):
siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

V.1 Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

- D1: DE 100 10 564 C1 (KOLLEGER, JOHANN) 5. Juli 2001 (2001-07-05)
- D2: EP-A-0 197 912 (VORSPANN-TECHNIK GESELLSCHAFT M.B.H) 15. Oktober 1986 (1986-10-15)
- D3: WO 95/29308 A (EIDGENOESSISCHE MATERIALPRUEFUNGS- UND FORSCHUNGSANS; MEIER, URS; MEIE) 2. November 1995 (1995-11-02)
- D4: EP-A-0 949 389 (BILFINGER + BERGER; BILFINGER BERGER AG) 13. Oktober 1999 (1999-10-13)
- D5: DE 25 15 423 A1 (FELTEN & GUILLEAUME FABRIK ELEKTRISCHER KABEL, STAHL- UND KUPFERWERKE A) 13. November 1975 (1975-11-13)
- D6: EP-A-0 554 161 (SONDAGES INJECTIONS FORAGES "S.I.F." ENTREPRISE BACHY) 4. August 1993 (1993-08-04)
- D7: DE 66 01 081 U (REHM G) 3. April 1969 (1969-04-03)

V.2 Ausgehend vom vorliegenden Stand der Technik erfüllt die vorliegende Anmeldung nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, und zwar aus folgenden Gründen:

V.21 Das D2 wird als nächstliegender Stand der Technik gegenüber dem Gegenstand des unabhängigen Anspruchs 1 angesehen. Es offenbart (die Verweise in *Kursivschrift* beziehen sich auf dieses Dokument):

- a) eine Verankerung für zumindest ein vorgespanntes oder belastetes Zugelement 1 (*Fig. 1; Seite 1, Zeile 1-4; Seite 4, Zeile 7-15*),
- b) die [einen oder] mehrere Keile 6, 7, einen Ankerkörper 2, 4 und eine keilförmige Schicht 8 aufweist (*Fig. 1, 7; Seite 4, Zeile 7-15; Seite 5, Zeile 18-27*),
- c) wobei die Zugkraft durch [den Keil oder] die Keile 6, 7 auf den Ankerkörper 2, 4 übertragbar ist (*Fig. 1*),
- d) und die keilförmige Schicht 8 einen gegenüber den anderen Teilen der Verankerung) niedrigerem Elastizitätsmodul aufweist (*Fig. 1, 7; Seite 5, Zeile 18-27; Seite 1, Zeile 22 - Seite 2, Zeile 7; Anspruch 1, 2, 3*),
- e) wobei der Keil 7 [und/oder der Ankerkörper (2)] mindestens von zwei keilförmigen aneinanderliegenden Schichten 8, 9 gebildet ist [(sind)] (*Fig. 1, 7; Seite 5, Zeile 18-27*),
- f) wobei mindestens eine der Schichten 8 aus einem Material mit einem niedrigeren Elastizitätsmodul gebildet ist als das Material, aus dem die weitere Schicht des Keiles 6 [und/oder des Ankerkörpers (2)] gebildet ist [(sind)] (*Fig. 1, 7; Seite 5, Zeile 18-27; Seite*

1, Zeile 22 - Seite 2, Zeile 7; Anspruch 1, 2, 3).

Der Gegenstand des Anspruchs 1 unterscheidet sich daher von der bekannten Verankerung dadurch, daß

- g) die größte Dicke der keilförmigen Schicht (22, 32, 34) gemessen normal zur Längsachse (4) des Zugelementes (1) im lastnahen Bereich (5) der Verankerung (7) liegt.

Der Gegenstand des Anspruchs 1 ist somit neu (Artikel 33(2) PCT).

Die mit der vorliegenden Erfindung zu lösende Aufgabe kann somit darin gesehen werden, eine Verankerung zu schaffen, "bei der die Anpressdrücke und die Schubspannungen, die auf das zu verankernde Zugelement wirken, über die Einspannlänge des Zugelementes gleichmäßig verteilt sind oder vom lastnahen zum lastfernen Bereich leicht ansteigen und geringere maximale Werte für Anpressdrücke und Schubspannungen aufweisen als die bekannten Ausführungsformen", siehe Beschreibung, Seite 3, Absatz 1.

Diese Aufgabe wird durch das Merkmal g) gelöst.

In **D2, D3** ist die größte Dicke der keilförmigen Schichte (8 in **D1, Fig. 7; 21 in D3, Fig. 3**) im lastfernen Bereich vorgesehen.

Aus **D1** ist eine Verankerung für ein Zugelement aus faserverbundwerkstoff bekannt, die nicht als Keilverankerung ausgebildet ist, sondern es werden zwischen dem Zugelement 2 und einer Ankerbüchse 4 Schubkräfte durch einen Klebeverbund über eine Vergussmasse 3 übertragen. Außerdem wird in **D1** nicht erwähnt, das ein Verankerungselement einen niedrigeren Elastizitätsmodul aufweist als ein anderes Verankerungselement.

In **D4, D5** ist die Dicke der weichen Schicht (5 in **D4, Fig. 1; 7 in D5, Fig. 2**) konstant.

D6, D7 offenbaren auch nicht die Merkmalskombination des Anspruchs 1.

Somit findet sich im vorliegenden Stand der Technik keine Lehre, die den mit dem technischen Problem befaßten Fachmann veranlassen würde, die Verankerung gemäß **D2** unter Berücksichtigung dieser Lehre zu ändern oder anzupassen, um das zu erreichen, was mit der Erfindung nach Anspruch 1 erreicht wird. Der Gegenstand des Anspruchs 1 beruht daher auf einer erfinderischen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).

V.22 Die Ansprüche 2-9 sind vom Anspruch 1 abhängig und erfüllen damit ebenfalls die Erfordernisse des PCT in bezug auf Neuheit und erfinderische Tätigkeit.

V.23 Der Gegenstand der Ansprüche 1-9 ist gewerblich anwendbar (Artikel 33(4) PCT).

Verankerung für vorgespannte und/oder belastete Zuelemente

Die Erfindung betrifft eine Verankerung für zumindest ein vorgespanntes oder belastetes Zuelement, die einen oder mehrere Keile, einen Ankerkörper und eine keilförmige Schicht aufweist, wobei die Zugkraft durch den Keil oder die Keile auf den Ankerkörper übertragbar ist und die keilförmige Schicht einen gegenüber den anderen Teilen der Verankerung niedrigeren Elastizitätsmodul aufweist, und wobei die größte Dicke der keilförmigen Schicht gemessen normal zur Längsachse des Zuelementes im lastnahen Bereich der Verankerung liegt.

Keilverankerungen werden seit vielen Jahren für das Vorspannen von Spannstählen aus hochfestem Stahl verwendet. Sie beruhen auf einem einfachen Prinzip und sind mit geringem Zeit- und Materialaufwand herstellbar. Im Spannbetonbau ist die Keilverankerung die häufigste Verankerungsart.

Bei Keilverankerungen wird die Kraft im Zuelement über Schubspannungen in die Keile und von dort weiter in den Ankerkörper eingeleitet. Keile und Ankerkörper sind über eine geneigte Ebene, auf der die Keile gleiten können, in Kontakt. Durch die Keilform entsteht beim Belasten des Zuelementes eine Andruckkraft normal zum Zuelement, die die Keile an das Zuelement drückt.

International werden anstelle von Stahl vermehrt neuartige Materialien wie Faserverbundwerkstoffe für vorgespannte oder belastete Zuelemente, wie Lamellen, Drähte, Stäbe oder Litzen, verwendet. Im Vergleich zu den metallischen Zuelementen weisen die Faserverbundwerkstoffe einen sehr hohen Korrosionswiderstand und ein geringes Gewicht auf. Der wesentliche Nachteil der Faserverbundwerkstoffe ist die hohe Querdruckempfindlichkeit.

Die Höhe der maximal übertragbaren Schubspannung zwischen Keil und Zuelement richtet sich nach dem Anpressdruck. Je höher der Anpressdruck um so höher die übertragbare maximale Schubspannung. Der Anpressdruck verursacht einen Querdruck im Zuelement. Bei Materialien, die auf Querdruck empfindlich sind, wie z.B. Faserverbundwerkstoffe, darf der maximal auftretende Querdruck eine bestimmte Größe nicht überschreiten.

Um die Schubspannungen zwischen Keil und Zuelement zu aktivieren, ist ein Mindestmaß an Schlupf notwendig. Bei einer üblichen Keilverankerung entsteht im lastnahen Bereich ein hoher Anpressdruck zwischen Keil und Zuelement, der dort auch eine hohe Schubspannung

entstehen läßt, die schnell wieder abklingt und bis zum lastfernen Bereich nahezu konstant bleibt. Die Summe der Schubspannungen entlang der gesamten Kontaktfläche zwischen Keil und Zugelement entspricht der Zugkraft im Zugelement. Die größte Schubspannung tritt an der Stelle des maximalen Anpressdrucks auf, an der auch der größte Anteil der Zugkraft je Oberflächeneinheit übertragen wird. Ein Nachteil ist, dass von der Stelle der maximalen Schubspannung bis zum lastfernen Bereich die Schubspannung kaum aktiviert werden kann. Ein weiterer Nachteil einer konventionellen Verankerung ist, dass der größte maximale Anpressdruck und die größte maximale Schubspannung relativ gering sein müssen, da Materialien, wie Faserverbundwerkstoffe, bei geringen Anpressdrücken oder Querdrücken versagen.

Aus der DE 100 10 564 C1 ist eine Verankerung für ein Zugelement aus Faserverbundwerkstoff bekannt, die nicht als Keilverankerung ausgebildet ist, sondern es werden zwischen dem Zugelement und einer Ankerbüchse Schubkräfte durch einen Klebeverbund über eine Vergussmasse übertragen. Die Ankerbüchse weist eine Profilierung auf, bei der die Kräfte über eine Verzahnung übertragen werden.

In der WO 95/29308 ist eine konische Vergußverankerung für Faserverbundwerkstoffe beschrieben. Die Ankerbüchse weist einen konischen Hohlraum auf. Der Hohlraum wird entlang der Richtung des Zugelementes in Abschnitten mit Vergußmasse mit unterschiedlichem Elastizitätsmodul ausgefüllt. Im Abschnitt am lastnahen Bereich wird Vergußmasse mit dem niedrigsten Elastizitätsmodul eingebaut. In den folgenden Abschnitten bis zum lastfernen Bereich wird Vergußmaterial mit immer höher werdenden Elastizitätsmodulen verwendet. Man erreicht damit eine gleichmäßigere Kraftübertragung vom Zugelement auf den Vergusskörper. Die Herstellung dieser Schichten ist jedoch ein aufwendiger Prozess.

Die EP 0 197 912 A2 offenbart eine Verankerung für Spannglieder der eingangs beschriebenen Art aus hochfestem Stahl, bei der der Ankerkörper aus zwei Schichten mit unterschiedlichen Materialien, wie Kunststoff oder Weichmetall, besteht. Die Schicht aus weicherem Material ist mit konstanter Dicke über die gesamte Keillänge oder mit einer über die Keillänge veränderlichen Schicht, die jedoch im lastnahen Bereich die kleinste Dicke aufweist, ausgeführt. Bei Belastung des Zugelementes kommt es zu hohen Querdruckspitzen im lastnahen Bereich. Querdruckempfindliche Materialien, wie Faserverbundwerkstoffe, können diesen hohen Querdrücken nicht standhalten und versagen dadurch vorzeitig.

Patentansprüche:

1. Verankerung (7) für zumindest ein vorgespanntes oder belastetes Zugelement (1), die einen oder mehrere Keile (3), einen Ankerkörper (2) und eine keilförmige Schicht (22, 32, 34) aufweist, wobei die Zugkraft durch den Keil oder die Keile (3) auf den Ankerkörper (2) übertragbar ist und die keilförmige Schicht (22, 32, 34) einen gegenüber den anderen Teilen der Verankerung (7) niedrigeren Elastizitätsmodul aufweist, und wobei die größte Dicke der keilförmigen Schicht (22, 32, 34) gemessen normal zur Längsachse (4) des Zugelementes (1) im lastnahen Bereich (5) der Verankerung (7) liegt, dadurch gekennzeichnet, dass der Keil (3) und/oder der Ankerkörper (2) mindestens von zwei keilförmigen aneinanderliegenden Schichten (21, 22, 31, 32) gebildet ist (sind), wobei mindestens eine der Schichten (22, 32, 34) aus einem Material mit einem niedrigeren Elastizitätsmodul gebildet ist als das Material, aus dem die weitere(n) Schicht(en) des Keiles (3) und/oder des Ankerkörpers (2) gebildet ist (sind), und die größte Dicke dieser Schicht (22, 32, 34) im lastnahen Bereich vorgesehen ist.
2. Die Verankerung (7) nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass in der Schicht (22, 32, 34) mit niedrigerem Elastizitätsmodul die Steifigkeit dieser Schicht normal zur Längsachse (4) des Zugelementes (1) verringernde Poren, Löcher, Aussparungen oder Schlitzte angeordnet sind.
3. Die Verankerung (7) nach Anspruch 1 oder 2, dadurch gekennzeichnet, dass die unterschiedlichen Elastizitätsmodule der einzelnen Schichten (21, 22, 23, 31, 32, 33, 34) durch spezielle Behandlungen, wie Erwärmungs- oder Abkühlvorgänge, bei deren Herstellung bewirkt sind.
4. Die Verankerung (7) nach einem oder mehreren der Ansprüche 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, dass der Ankerkörper (2) als Kopplung für zwei Zugelemente (1) mit einander entgegengesetzt gerichteten Aufnahmen für Keile (3) versehen ist.
5. Verankerung (7) nach einem oder mehreren der Ansprüche 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, dass die Schicht (22, 32, 34) mit niedrigerem Elastizitätsmodul mit der Schicht (31, 21) mit höherem Elastizitätsmodul durch eine kraft- und/oder formschlüssige Verbindung, wie eine Profilierung mit Gegenprofilierung, z.B. eine Verzahnung, und/oder durch eine Verklebung, miteinander verbunden ist.
6. Verankerung (7) nach einem oder mehreren der Ansprüche 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, dass eine Schubkraftübertragung zwischen dem Keil (3) und dem

(es folgen die ursprünglichen Seiten 12 und 13)

In der EP 0 197 912 ist weiters eine Variante gezeigt, gemäß der in einem einteiligen Ankerkörper zwei in Längsrichtung des Zugelementes hintereinander liegende Keile vorgesehen sind, von denen der lastnähere Keil aus einem Pressteil, der weicher ist als das Zugelement, gebildet ist, wobei dieser keilförmige Pressteil seine größte Dicke im lastnahen Bereich aufweist. Der lastfernere Keil ist als Ankerkeil ausgebildet und weist seine größte Dicke im lastfernen Bereich auf, sodass hierdurch Spannungsspitzen und somit Querdruckspitzen am Zugelement auftreten.

(es folgen die ursprünglichen Seiten 3 bis 10)